



---

---

## **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**

### **37. Sitzung (öffentlich)**

11. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug, Günter Labes, Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII -**

6

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4410

Ausschussprotokolle 14/470 und 14/471  
Stellungnahmen siehe APr 14/470 und APr 14/471

Zuschriften 14/628, 14/636 - 14/724 - 14/797 (Briefaktion), 14/658,  
14/667, 14/725 (Briefaktion), 14/729, 14/738, 14/739, 14/756,  
14/758, 14/860, 14/868, 14/869 (Unterschriftenaktion),  
14/870, 14/873, 14/893, 14/918 - 14/935 (Briefaktion),  
14/920, 14/926, 14/942, 14/953, 14/959, 14/966, 14/973,  
14/974, 14/975, 14/1011, 14/1012, 14/1013, 14/1014,  
14/1015, 14/1016, 14/1017 (Briefaktion), 14/1018  
(Unterschriftenaktion), 14/1019 (Unterschriftenaktion),  
14/1020, 14/1021, 14/1030, 14/1046, 14/1048, 14/1052,  
14/1054, 14/1055, 14/1057, 14/1058, 14/1061, 14/1070,  
14/1071 (Postkartenaktion), 14/1072, 14/1073, 14/1074,  
14/1075, 14/1076, 14/1080, 14/1083, 14/1088  
(Unterschriftensammlung), 14/1089, 14/1090, 14/1091,  
14/1092, 14/1097, 14/1098, 14/1099, 14/1103, 14/1104

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 37**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600
- Vorlage 14/1251 (Erläuterungsband)
- Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration) 37
- Personal 37
  - Kapitel 15 040 38
  - Kapitel 15 045 39
  - Kapitel 15 060 40
  - Kapitel 15 081 40
- 3 Geschlechtergerechte Sprache anwenden! 42**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4238
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.
- 4 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 43**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4486
- Der Ausschuss lehnt den Antrag ohne Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ab.

**5 Faire Sportgeräte für einen fairen Sport 44**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4479

Ohne Aussprache empfiehlt der Ausschuss für Generationen, Familien und Integration dem federführenden Sportausschuss den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

**6 Jungen fördern - ohne Mädchen zu benachteiligen - durch individuelle Förderung die Geschlechtergerechtigkeit in der Schule weiter verbessern 45**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/4488

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum, um so die Bemühungen des federführenden Ausschusses, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren, zu unterstützen.

\* \* \*



**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600

Vorlage 14/1251 (Erläuterungsband)

Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Generationen,  
Familie und Integration)

*(Hinweis: Der Ausschuss berät den ihn betreffenden Teil des Einzelplans 15 nach Kapiteln. Im Folgenden sind nur die Kapitel aufgeführt, zu denen es Wortbeiträge gegeben hat; die Seitenzahlen beziehen sich auf den Haushaltsentwurf 2008 des Einzelplans 15.)*

Personal (Einzelplan 15: Seite 5)

**Andrea Asch (GRÜNE)** möchte gerne wissen, um welche Stellen es sich bei den zwei zusätzlichen im höheren Dienst handele, während in den Dotierungsgruppen darunter Stellen abgebaut würden.

**RAng Maria Huesmann-Kaiser (MGFFI)** verweist auf S. 17 der Erläuterungen und antwortet, im Rahmen der Umstrukturierung der Landesstelle Unna-Massen zum Koordinationszentrum Integration sei ein Abbau von 186 Stellen in 2007 auf 164 Stellen und bis 2012 auf 85 Stellen vorgesehen. Die Koordinierung und Steuerung werde ins Ministerium geholt. Zu diesem Zweck würden insgesamt fünf Stellen von der Landesstelle Unna-Massen und eine Stelle von der Bezirksregierung Münster, wo bisher die Fachaufsicht gelegen habe, sowie eine Stelle aus dem Geschäftsbereich des MAGS für die Fachaufsicht beim künftigen Elterngeldes, was mit der Umstellung der Versorgungsverwaltung zu tun habe, ins Ministerium verlagert. Die beiden Stellen aus MAGS und Bezirksregierung Münster würden sich in dem noch vorzulegenden Ergänzungshaushalt wiederfinden.

Kapitel 15 040: Kinder- und Jugendhilfe  
(Einzelplan 15: Seiten 48 bis 76)

**Marlies Stotz (SPD)** fragt, wie viele Mittel für die **Horte** - Seite 66 - bereitgestellt würden und wie viele sozusagen vom Hort zur Offenen Ganztagschule umgewidmet würden.

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** antwortet, eigentlich wären die Mittel weg gewesen, aber 20 % - das seien 18 Millionen € - habe man für Horte im Haushalt des Ministeriums wieder eingestellt. 33 Millionen seien in 2007 aus dem Haushalt dieses MGFFI in den Schuletat für die offene Ganztagschule gewandert. 819 Millionen € – 852 Millionen € minus diese 33 Millionen € – seien die für Kindertagesstätten bereitstehenden Mittel.

**Andrea Asch (GRÜNE)** geht auf die Zuschüsse an **Träger der freien Jugendhilfe** ein - Seite 62 - und stellt zunächst fest, dass trotz höherer Steuereinnahmen nicht wie im Kinder- und Jugendfördergesetz 96 Millionen € vorgesehen seien, sondern weiterhin 75 Millionen €. Sie wolle wissen, warum die Zusage, die nicht ausgeschöpften Haushaltsmittel von 2 Millionen € zu übertragen, nicht erfüllt werde.

Des Weiteren bitte sie um Auskunft bezüglich des **Sonderprogramms Jugend in sozialen Brennpunkten** - Seite 64 -, warum hier ein Mittelabfluss von 3,3 Millionen stattfinde, während ihr in einer Kleinen Anfrage mitgeteilt worden sei, dass die Mittel in Höhe von 4,5 Millionen € vollständig verausgabt worden seien.

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** merkt an, er habe nach der Kürzung durch die alte Landesregierung auf 75 Millionen € die Zusage gemacht, dass die Verbände fünf mal 75 Millionen € bekämen. Das bedeute - und das sei neu - fünf Jahre Planungssicherheit. Zudem würden die Mittel übertragen, während die vorherige Regierung am Ende immer etwas beschlossen habe, was dazu geführt habe, dass das Geld nicht mehr ausgegeben werden können und dann weg gewesen sei.

1,9 Millionen € seien beim Kinder- und Jugendförderplan in Höhe von 1,9 Millionen € als Ausgaberesultat entstanden. Diese Ausgaberesultate seien in Abstimmung mit dem FM - anders als in Vorjahren - ins Haushaltsjahr 2007 übertragen worden.

Inzwischen sei durch den FM ein Teilbetrag dieses Ausgaberesultates in Höhe von 600.000 € auf Antrag zur Bewirtschaftung freigegeben worden. Der dann noch übrige Ausgaberesultat von 1,3 Millionen € könne bei Bedarf im weiteren Haushaltsvollzug 2007 in Anspruch genommen oder ins Haushaltsjahr 2008 übertragen werden. Das Geld sei also nicht weg, sondern finde sich in 2008 wieder. Damit werde sichergestellt, dass die gesamten Mittel des Jahres 2006 den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stünden.

Für **Andrea Asch (GRÜNE)** ist nicht klar, woraus die Abgeordneten erkennen könnten, dass die Übertragung der Mittel auch wirklich erfolgt sei. Das sei nämlich dem Haushaltsentwurf im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nicht zu entnehmen. – **MR Karl-Heinz Kohlenbrander (MGFFI)** verweist darauf, dass diese Übertragung in der Jahresrechnung über den Landeshaushalt zu finden sei.

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** antwortet sodann auf die Frage nach dem Mittelabfluss aus dem Sonderprogramm Jugend in sozialen Brennpunkten, dass wegen der späten Verabschiedung im Mai 3,6 Millionen € abgeflossen seien.

**Andrea Asch (GRÜNE)** fragt noch einmal nach, warum denn in der vorletzten Sitzung gesagt worden sei, dass es einen vollständigen Abfluss der Mittel gegeben habe und kein Geld mehr zur Verfügung stehe.

**RAng Maria Huesmann-Kaiser (MGFFI)** weist darauf hin, dass in der Ausschusssitzung nach ihrem Wissen darüber informiert worden sei, dass alle beantragten und bewilligungsreifen Projekte beschieden worden seien. Im Übrigen habe das Geld erst ab dem 23. Mai ausgegeben werden können. Insofern sei es normal, dass Reste blieben.

**Andrea Asch (GRÜNE)** weist bezüglich dieses Kapitels in Richtung der Koalitionsfraktionen abschließend darauf hin, dass nach wie vor das Anliegen der Jugendverbände bestehe, dieses Förderprogramm in den Landesjugendplan zu integrieren. Sie bitte die Koalitionsfraktionen, dies mit in deren Haushaltsberatungen zu nehmen und sich dem Wunsch wohlwollend zuzuwenden.

Kapitel 15 045: Entwicklungspolitik und Internationale Zusammenarbeit  
(Einzelplan 15: Seiten 78 bis 89)

**Andrea Asch (GRÜNE)** merkt hierzu an, es sei bekannt, dass die Arbeit der **Stiftung Umwelt und Entwicklung** finanziell nicht ausreichend ausgestattet sei. Der Minister habe bei den letzten Haushaltsberatungen angekündigt, als sich gezeigt habe, dass die Absicherung der Stiftung aufgrund der Koalitionsbeschlüsse nicht gelingen könne, dass es Planungen gebe, wie man die Arbeit in Zukunft absichern wolle. Nach neuerlichen Informationen sollten Lotteriegewinne zur Absicherung der Arbeit wieder einfließen könnten. Sie bitte um entsprechende Auskunft.

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** stellt fest, es gebe inzwischen einen Konsens zwischen allen Stiftungen, dass die Stiftung Umwelt und Entwicklung nicht nur von den dramatisch wegbrechenden Oddset-Wetten abhängig sei. Auf diese Weise werde für die nächsten Jahre ein konstanter Anteil festgeschrieben. Seit der Einführung von Oddset bis zum Wegbrechen dieser Mittel sei die Stiftung mit den Einnahmen aus der Lotterie sehr gut gefahren. Man habe seinerzeit angenommen, auf Dauer damit gut zu fahren. Niemand habe wissen können, dass Oddset derart einbrechen werde.

Nun sei es gelungen, Festzusagen zugunsten der Sportstiftung und zugunsten der Stiftung für Umwelt und Entwicklung zu vereinbaren. Die Details würden sich in der Ergänzungsvorlage 2008 wiederfinden.

Kapitel 15 060: Integration Zugewanderter  
(Einzelplan 15: Seiten 108 bis 119)

**Andrea Asch (GRÜNE)** merkt an, der **Aktionsplan** leide an einigen Punkten darunter, dass er nicht mit Landesmitteln unterfüttert sei. Nach dem Aktionsplan sollten die RAAs eine landesweite Wirkung entfalten. Es gebe nämlich im Lande einige weiße Flecken ohne RAAs. Sie wolle gern wissen, wie die Landesregierung dem abhelfen wolle.

**RAng Dr. Hans-Werner Schulten (MGFFI)** antwortet, man habe im Aktionsplan beschlossen, dass die RAAs zu einem Netzwerk Integration durch Bildung ausgeweitet würden. An einigen Stellen sei es wünschenswert, neue RAAs als kommunale Einrichtungen, teilfinanziert über das Schulministerium und das MGFFI, anzusiedeln.

Man wolle die Konzepte und Aktivitäten der örtlichen RAAs dort auf Städte, Kreise und Gemeinden übertragen, wo es keine RAAs gebe und wo dies gewünscht werde. Dazu habe man Ende 2006 die Dezernenten der RAA-Städte zusammengerufen und mit ihnen ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, so zu verfahren.

Gegenwärtig sei man dabei, ein Konzept zu entwickeln, das insbesondere in den Bereichen frühkindliche Erziehung, beim Übergang vom Kindergarten in die Schule, von der Schule in den Beruf, also in den Bereichen, wo es bisher Aktivitäten seitens der RAAs gegeben habe, Materialien zusammenzustellen, die dann auch überregional an den Orten, wo es zusätzlich gewünscht werde, zur Verfügung stehen sollten.

Des Weiteren sei man dabei, Angebote zu entwickeln, Städte, Kreise und Gemeinden, in denen es keine RAAs gebe, darüber zu beraten, wie die RAAs ihre Arbeit machten.

Zwischen den Kommunen müsse schließlich noch geklärt werden, auf welche Art und Weise eine Kostenerstattung für die Materialien statfinde, die die Nicht-RAA-Städte von RAA-Städten anforderten. Das sei aber ein zu lösendes Problem.

Für **Andrea Asch (GRÜNE)** bedeutet die Antwort, dass es keine zusätzlichen Landesmittel für neue RAAs geben werde. - Das bestätigt **RAng Dr. Hans-Werner Schulten (MGFFI)**.

Kapitel 15 081: Landeszentrale für politische Bildung  
(Einzelplan 15: Seiten 120 bis 123)

**Andrea Asch (GRÜNE)** merkt an, aus dem Haushalt insgesamt sei ersichtlich, dass bei der Förderung von Projekten der **Gedenkstättenarbeit** 2006 ein Bundeszu-



schuss dazu beigetragen habe, dass 800.000 € abgeflossen seien. Im Haushalt des Einzelplans 15 fänden sich nur 118.000 €. Die CDU habe bekanntlich den Antrag gestellt „Ohne Vergangenheit keine Zukunft - Erinnerungskultur gestalten, kulturelles Gedächtnis bewahren und beschützen“. Sie empfehle den Koalitionsfraktionen, in den internen Haushaltsberatungen darüber nachzudenken, ob sie nicht diese Mittel entsprechend aufzustocken wolle, um diesen Antrag finanziell zu unterfüttern.

**Vorsitzende Andrea Milz** bittet zur Sicherstellung der organisatorischen Vorbereitung der Sitzung im November abschließend darum, Änderungsanträge dem Ausschusssekretariat so frühzeitig zur Verfügung zu stellen, damit für die Schlussberatung eine Arbeitsunterlage zusammengestellt werden könne.

